

Losungen „Kampf gegen den Atomtod, für eine atomwaffenfreie Zone in Europa“ auf.

Durch den Beitritt Westdeutschlands zur NATO, durch die Einführung der Wehrpflicht in der Bundesrepublik und durch den Übergang Westdeutschlands zur atomaren Aufrüstung wächst bei den Arbeitern und friedliebenden Menschen Westdeutschlands die Erkenntnis, welche Gefahren die militaristische Restauration heraufbeschwört und daß die „Politik der Stärke“ ins Unglück führt.

Es wächst auch die Erkenntnis in der Arbeiterklasse, daß jeder weitere Schritt der Adenauer-Regierung auf dem Wege der Remilitarisierung und der atomaren Aufrüstung der Bonner Armee mit neuen sozialen Lasten, mit massiven Angriffen auf die demokratischen Rechte, mit dem Anwachsen des Polizeiterrors und mit Staatsstreichmethoden gegen die von Sozialdemokraten geführten Länderregierungen verbunden waren und sind.

Unter den Bedingungen der atomaren Bewaffnung Westdeutschlands beginnen breitere Kreise der Bevölkerung Westdeutschlands die Frage nach dem Charakter des Bonner Staates, nach dem Wesen von Demokratie und Freiheit zu stellen, da ihnen der Widerspruch zwischen Worten und Taten der Adenauer-Regierung immer mehr bewußt wird.

Bei der Entwicklung der Massenbewegung in Westdeutschland spielte und spielt die KPD eine beachtliche Rolle. Das mutige Auftreten zahlreicher kommunistischer Mitglieder und Funktionäre gab und gibt das Beispiel des antimilitaristischen Kampfes gegen die Monopole und militaristischen Verderber Westdeutschlands. Trotz des Verbots der KPD sind zahlreiche ihrer politischen Vorschläge und Losungen immer tiefer in die Massen, insbesondere in die Arbeiterklasse eingedrungen, wodurch die KPD, unter den schweren Bedingungen der Illegalität, an Autorität gewinnt.

Es muß auch festgestellt werden, daß die antiimperialistisch eingestellten sozialdemokratischen Arbeiter und Gewerkschafter sowie viele ihrer Funktionäre aktiv den Kampf gegen die atomare Aufrüstung führen.

Zur Entwicklung der Aktionseinheit unterbreitete das Zentralkomitee dem Parteivorstand und den Parteitag der SPD wiederholt Vorschläge für einen Meinungsaustausch:

1. Durchführung gemeinsamer Kundgebungen in Westdeutschland,